

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 27. Januar 2025

80 Jahre Befreiung von Auschwitz – Verantwortung ernst nehmen, Antisemitismus entschlossen bekämpfen

Am 27. Januar 2025 jährt sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz zum 80. Mal. Fast eine Million Jüdinnen und Juden wurden in dieser Todesfabrik brutal ermordet. Auschwitz ist eines der erdrückendsten Symbole für den Holocaust – und zugleich eine Verpflichtung, sich gegen jede Form des Antisemitismus und für unsere freie und offene Gesellschaft starkzumachen.

Wir Freien Demokraten stehen uneingeschränkt zu dieser Verantwortung. Wir wollen ein Deutschland, in dem sich Jüdinnen und Juden sicher fühlen und in Freiheit leben können.

Daher können und wollen wir die starke Zunahme antisemitischer Hetze und Gewalt nicht hinnehmen. Die bundesweiten Fallzahlen zur politisch motivierten Kriminalität zeigten zuletzt eine Verdoppelung antisemitischer Straftaten. Dieser Anstieg ist zweifellos verbunden mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Erkennbar ist eine starke Zunahme von Straftaten durch ausländische Ideologie oder religiös motivierte Täter, gerade auch aus migrantischen Kreisen.

Klar ist: Für solche antisemitischen Straftaten gibt es keinerlei Rechtfertigung. Der Terrorangriff auf Israel war eine Zäsur – vor allem für Israel, aber auch für Deutschland, Europa und die Welt. Der 7. Oktober hat schmerzhaft vor Augen geführt, dass die Existenz dieses großartigen Staates Israels keine Selbstverständlichkeit ist und dass der Antisemitismus noch immer mörderische Formen annimmt.

Als Freie Demokraten fordern wir daher ein konsequentes Vorgehen gegen antisemitische Hetze und Gewalt – sei es im realen oder digitalen Raum. Antisemitismus muss als das bezeichnet werden, was er ist: ein gefährlicher Angriff auf die Werte, die unsere liberale Demokratie ausmachen. Wir können uns glücklich schätzen, dass Jüdisches Leben heute wieder ein integraler und bereichernder Bestandteil Deutschlands ist. Bewahren und schützen wir es.

Dafür setzen wir Freie Demokraten uns ein:

1. Erinnerungskultur bewahren und stärken

Die Arbeit von Gedenkstätten und Erinnerungseinrichtungen wollen wir nachhaltig fördern, um die Verbrechen des Holocausts ins Bewusstsein aller Generationen zu rücken. Die historisch-politische Bildungsarbeit wollen wir stärken, auch mit digitalen Formaten.

2. Jüdisches Leben sichtbar machen und schützen

Projekte, die jüdisches Leben und jüdische Kultur fördern und sichtbar machen, wollen wir noch

stärker unterstützen. Die Sicherheitslage macht es erforderlich, dass wir jüdische Gemeinden, Synagogen und Einrichtungen schützen. Dafür braucht es ausreichende finanzielle Mittel und eine enge Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden.

3. Konsequente Strafverfolgung antisemitischer Straftaten

Antisemitische Straftaten müssen konsequent verfolgt und mit der vollen Härte bestraft werden. Der aktuelle Strafrahmen lässt bereits hohe Strafen zu – davon sollte konsequent Gebrauch gemacht werden. Darüber hinaus wollen wir das Strafrecht fortlaufend auf Gesetzeslücken prüfen.

4. Keine Toleranz mit Terror-Sympathisanten

Wer Hamas-Terror billigt oder verherrlicht, muss mit harten Strafen rechnen. Wer solche Taten begeht und nur zu Gast bei uns ist, sollte ebenso harte Konsequenzen im Aufenthaltsrecht erfahren. Das Billigen einer einzelnen terroristischen Tat führt bislang in der Regel noch nicht zu einer Ausweisung. Das wollen wir ändern. Wir fordern, dass ein solches Verhalten künftig ein besonders schweres Ausweisungsinteresse begründet.

5. Antisemitismus in allen Milieus benennen und bekämpfen

Antisemitische Narrative in islamistischen, rechtsextremen oder linksextremen Gruppen müssen benannt und durch zielgerichtete Aufklärungskampagnen entkräftet werden. Dabei darf es keine falschen Tabus geben. Antisemitismus muss bekämpft werden – egal, aus welcher Ecke er kommt.

6. Staatsräson mit Leben füllen – Deutschland als enger Partner und militärischer Unterstützer Israels

Die Existenz und Sicherheit des Staates Israel sind Säule der deutschen Staatsräson. Sie muss mit Leben gefüllt sein. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, dieses Schutzversprechen auf internationaler Ebene deutlich stärker zu vertreten und weiterhin gezielt Maßnahmen zur Unterstützung Israels zu ergreifen. Dazu gehört insbesondere die schnellere Lieferung von Waffen für die legitime Selbstverteidigung Israels, für die sich die FDP auch gegen Widerstände in der Ampel-Koalition starkgemacht hat. Israel muss bei Rüstungsexporten mit den NATO-Staaten gleichgestellt werden.

7. Bekämpfung von Antisemitismus ohne blinde Flecken – IHRA-Arbeitsdefinition verbindlich umsetzen

Die Arbeitsdefinition von Antisemitismus nach der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) muss – wie vom Bund – nun auch von Ländern und Kommunen konsequent angewendet werden. In allen Bildungseinrichtungen, öffentlichen Institutionen und geförderten Projekten sollte die IHRA-Arbeitsdefinition gelten. Sie schafft eine klare Grundlage, um verschiedene Formen des Antisemitismus zu identifizieren und zu bekämpfen.

8. Antisemitismus an Hochschulen konsequent bekämpfen

Die jüngsten antisemitischen Vorfälle an Hochschulen zeigen, dass wir ein entschlosseneres Vorgehen gegen Antisemitismus im Bildungsbereich brauchen. Wir fordern, dass die Hochschulen alle rechtlichen Mittel ausschöpfen – bis hin zur Exmatrikulation. Hochschulen sollten die IHRA-Arbeitsdefinition in ihre Statuten aufnehmen und flächendeckend Antisemitismusbeauftragte einsetzen, um sichere Orte für Jüdinnen und Juden zu sein.

9. Keine Förderung von Antisemitismus mit Steuergeldern

Es darf keine öffentliche Finanzierung von Organisationen oder Projekten geben, die Antisemitismus verbreiten oder das Existenzrecht Israels infrage stellen. Wir setzen uns für ein Verbot der antisemitischen BDS-Bewegung ein (Boycott, Divestment and Sanctions).